

Millionen für Spielbanken – Nein Danke! Steuermittel sinnvoll einsetzen

„Die steuerliche Bezuschussung der Spielbanken in Sachsen-Anhalt kann und darf in Zeiten klammer Kassen nicht an die Spitze der Prioritätenliste gestellt werden – schon gar nicht, wenn dieses Angebot nicht einmal genutzt wird.“, so Ute Fischer, Vorsitzende des Landesfrauenrates.

Landesfinanzminister Jens Bullerjahn (SPD) sorgte mit Äußerungen zur angespannten Finanzlage der drei landeseigenen Spielbanken und der Forderung, diese mit einem steuerfinanzierten Millionenzuschuss zu unterstützen, für Furore. Hintergrund sind die in der letzten Zeit stark zurückgegangenen Einnahmen, die dazu geführt haben, dass die Spielbanken nach Aussagen des Finanzministeriums bereits kurz vor der Insolvenz stehen. Dabei wird bereits über eine Finanzspritze von rund einer Million Euro diskutiert, mit der die drohende Insolvenz noch in letzter Minute abgewendet werden soll. Bemerkenswert an dieser Diskussion ist, dass eine der Hauptursachen für die desaströse Finanzsituation der Glücksspielbetriebe laut Minister Bullerjahn ausgerechnet das von CDU und SPD beschlossene Nichtrauchererschutzgesetz sein soll.

Gerade angesichts dieser Einschätzung ist es verwunderlich, dass überhaupt über eine Hilfsfinanzierung mit Steuergeldern nachgedacht wird. "Sollten die Nichtrauchererschutzgesetze tatsächlich die drohende Insolvenz verursacht haben, dann ist es in höchstem Maße unsinnig, diese durch die Infusion von Steuergeldern künstlich hinauszuzögern", so Ute Fischer.

Steuermittel dürfen nicht verschleudert werden, sondern müssen sinnvoll für andere Maßnahmen wie Förderung von Kindern, Frauen und Eltern eingesetzt werden. Da sich das Nichtrauchererschutzgesetz in absehbarer Zeit nicht ändern wird, ist wohl kaum mit einer Verbesserung der Casino-Einnahmen zu rechnen, so dass weitere Investitionen reine Steuerverschwendung wären.

Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt erhofft von den Abgeordneten, dass Sie sich in der Sitzung des Finanzausschusses am 2. Juli gegen diesen Vorschlag aussprechen und finanzpolitische Vernunft walten lassen wird.

Magdeburg, 30.06.2008

Für Rückfragen steht Ute Fischer unter 0160 – 972 70 890 zur Verfügung.